



# DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



M ä r z 2 0 1 5

# Klausurtagung der Fraktion DIE LINKE mit Eva-Maria Stange



Entspannte Atmosphäre zur Klausur der LINKEN mit Eva-Maria Stange (Bildmitte)

Foto: Max Kretzschmar

von Max Kretzschmar

Die 17 Stadträtinnen und Stadträte der Fraktion DIE LINKE kamen am vergangenen Wochenende zu einer zweitägigen Klausurtagung in Königstein (Sächsische Schweiz) zusammen. Mit dabei: Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen. Damit nahm erstmals ein Mitglied der Sächsischen Staatsregierung an einer Klausurtagung der LINKEN teil. Fraktionschef André Schollbach sagt dazu: „Wir schätzen Frau Dr. Stange als kompetente und angenehme Gesprächspartnerin. Im Gegensatz zu anderen Ministern fällt sie nicht durch ständige Pannen und fortwährenden Aktionismus auf, sondern leistet kontinuierlich eine gute Sacharbeit.“

Zentrale Themen der Klausurtagung waren der Stand und die weitere Umsetzung des Kooperationsvertrages der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen und SPD, konkrete weitere Schritte für bezahlbares Wohnen in Dresden sowie die Vorbereitung der bevorstehenden Wahl der Fachbürgermeisterinnen und -bürgermeister im Stadtrat.

## Rot-Rot-Grün legt gemeinsamen Plan für Wahl der Beigeordneten vor

Die linke Stadtratsmehrheit hat ihre Verhandlungen zur künftigen Struktur der Rathauspitze und die im Sommer bevorstehende Wahl der Beigeordneten erfolgreich abgeschlossen. Dazu sagt André Schollbach: „Wir stehen zu unserem vor der Kommunalwahl abgegebenen Versprechen. Die wesentlichen gesellschaftlichen Kräfte sollen an der Stadtspitze vertreten sein.“ Deshalb beansprucht Rot-Rot-Grün nicht alle Beigeordneten für sich, auch die CDU solle das Vorschlagsrecht für zwei Geschäftsbereiche (Ordnung und Sicherheit sowie Bildung) erhalten. DIE LINKE hat das Besetzungsrecht für die Dezernate Arbeit, Soziales, Wohnen und Gesundheit sowie Kultur und Tourismus. Die SPD erhält den Bereich Finanzen, Personal und Recht. Die Grünen zeichnen künftig für die Ressorts Stadtentwicklung und Bau sowie Umwelt und Kommunalwirtschaft verantwortlich. Rot-Rot-Grün legt weiterhin Wert darauf, dass der Grund-

satz der Gleichberechtigung von Mann und Frau bei der Besetzung der Bürgermeisterriege zur Anwendung kommt.

## Anträge für Sozialticket und städtische Wohnungsgesellschaft

Die Fraktion DIE LINKE befasste sich auf der Klausurtagung weiterhin mit dem Stand der Umsetzung des Wahlprogramms und des Kooperationsvertrages. Dazu berichteten alle Stadträtinnen und Stadträte aus ihren Aufgabengebieten und legten die geplanten Vorhaben für das laufende Jahr dar. Zwei wesentliche anstehende Projekte sind die Einführung eines „echten“ Sozialtickets sowie die angekündigte Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft. An entsprechenden Anträgen wurde in den vergangenen Monaten intensiv gearbeitet, sodass diese nun auf den Weg gebracht werden können. Die finanziellen Grundlagen wurden bereits mit dem von Rot-Rot-Grün im Dezember beschlossenen städtischen Haushalt gelegt.

## Bürgersprechstunden unter freiem Himmel

**Donnerstag, 26. März**  
16:30 bis 18 Uhr  
Elbcenter Mickten  
Leipziger Straße

Stadträtin Pia Barkow und  
Ortsbeirat Maurice Devantier

**Freitag, 27. März**  
13 bis 15:30 Uhr  
Sachsenforum Gorbitz

Fraktionsvorsitzender  
André Schollbach und  
Stadträtin Cornelia Eichner

**Freitag, 27. März**  
16:30 bis 18 Uhr  
Hauptstraße Goldener Reiter / Nordzugang Tunnel

Stadträtin Jacqueline Muth  
Ortsbeirat Kristin Hofmann

**Montag, 30. März**  
16 bis 18 Uhr  
Prohliszentrum  
Prohliser Allee 10

Stadträtin  
Dr. Margot Gaitzsch

**Dienstag, 31. März**  
15 bis 17 Uhr  
Konsum Zschertnitz

Stadtrat Andreas Naumann

**Donnerstag, 02. April**  
16 bis 18 Uhr  
Nudelturm  
Königsbrücker Straße

Stadträtin Jacqueline Muth  
Stadtrat Dr. Martin Schulte-Wissermann (DIE PIRATEN)

Mit diesem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates: [www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter](http://www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter)

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

März 2015

# DRUCKSACHE #3

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/176 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de

## Inszenierung

### MARINA GARDEN

Falsche Tatsachenbehauptungen und ein Stadtrat, der sich davon mehrheitlich nicht beirren lässt



Die Geschichte hat es in sich: In der Januarsitzung hatte der Stadtrat eine Veränderungssperre für das Gelände am Puschkin-Platz beschlossen - dort, wo der Luxuskomplex Marina Garden im Hochwassergebiet entstehen soll. Am 5. März ging den Stadträtinnen und Stadträten ein Schreiben der CDU-dominierten Landesdirektion zu, die den Beschluss beanstandete - der Vorwurf: LINKEN-Stadträtin Jacqueline Muth soll bei der Entscheidung befangen gewesen sein. Grund der angeblichen Befangenheit: eine durch sie betriebene Töpferwerkstatt auf dem Gelände. André Schollbach erwiderte auf die Unterstellung der Befangenheit: "Die CDU inszeniert hier etwas im Verbund mit der Landesdirektion. Dieses Muster ist nicht neu."

Was wirklich stimmt: Stadträtin Muths Töpferwerkstatt gibt es seit dem Hochwasser 2013 nicht mehr. Die LINKEN-Stadträtin wurde von der Landesdirektion zuvor nicht zu den Vorwürfen befragt - ein Skandal. Damit nicht genug: Während die Stadträtinnen und Stadträte den Bescheid am 5. März bekamen, verwendete ihn die Dresdner CDU bereits am 4. März in einer Pressemitteilung. Hilfe bei der Wahrheits- und dann bei der Entscheidungsfindung: Der Stadtrat stimmte für die Widerspruchserhebung gegen den unsäglichen Bescheid der Landesdirektion. Am Ende ein klares Signal des Fraktionsvorsitzenden zur Drohung der Marina-Garden-Investorin, den Elbe-Radweg abzureißen: "Rot-rot-grün lässt sich nicht erpressen!"

## Posse am KOREANISCHEN PLATZ

Umstrittene Platzumbenennung gegen Stimmen der Fraktion DIE LINKE beschlossen



Den Stadträtinnen und Stadträten ist vor über einer Woche eine Einladung zur Einweihung des Koreanischen Platzes am Montag, den 23. März, zugegangen. Merkwürdig, stand die Entscheidung über die Benennung des Parkplatzes am Bahnhof Mitte doch erst heute final auf der Stadtratstagesordnung. Es gibt noch weitere Kritikpunkte an dem Namen "Koreanischer Platz", der im ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung noch "Korea-

Platz" geheißen hatte. Stadtrat Jens Matthis erinnerte sich in der Debatte an "Besuche der englischen Königin, von Barack Obama und Wladimir Putin, allerdings jedoch nicht an die Einweihung einer russischen Straße." In der Debatte wurde die Notwendigkeit eines Ländernamens für einen Platz (in Dresden unüblich) mit der Teilung Koreas begründet - 25 Jahre nach der Wende eine Art Verpflichtung. Tilo Wirtz entgegnete: "Die Festlegung eines Einweihungstermins ohne demokratische Entscheidung mit Verweis auf die ersten demokratischen Wahlen vor 25 Jahren - das grenzt an Hohn." Der Einlader zur Einweihung verzog keine Miene, schließlich geht es am Montag um einen weltpolitischen Auftritt - für den OB-Kandidaten Dirk Hilbert.

### RATSSPLITTER



### Sport: sozial gerecht

Wir haben es beim letzten Mal versprochen - wir bleiben am Ball: Auch in dieser Sitzung stand die Überarbeitung der Sportförderrichtlinie auf der Tagesordnung. Unsere Kritik: Vereinen, in denen die Mitglieder "nur" geringere Mitgliedsbeiträge leisten können bzw. müssen, würden momentan durch die Stadt öffentliche Fördermittel versagt. Dazu Stadtrat Tilo Kießling: "Die momentane Regelung ist ungerecht. Gerade Sportvereine, die ihren Mitgliedern nur geringere Beiträge abverlangen können, müssen gefördert werden. Dafür sorgen wir mit der Überarbeitung dieser Richtlinie."

Sanierung des Neuen Rathauses: Die Kosten explodieren, die einstigen Zeitpläne sind Makulatur. Damit ist jetzt Schluss.



### Kein Blankoscheck

Rot-grün-rot unterteilt die Sanierung so, dass die Verwaltung nicht mehr freihändig agieren kann. Tilo Wirtz: "Wir nehmen den Finanzbürgermeister jetzt an die Hand."



### Ein erster Schritt

Jetzt auch in Dresden: der Aktionsplan zur Umsetzung der "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene". Für Stadträtin Pia Barkow "ein erster Schritt mit überprüfbaren Maßnahmen". Dresdner Nachholebedarf bei der Geschlechtergleichstellung ist im Stadtrat regelmäßig beim Blick auf die CDU-Fraktion oder die Bürgermeisterriege klar erkennbar. Dieses Jahr lässt sich letzteres allerdings ändern.

Krankenversichertenkarte für Asylsuchende

# Chipkarte beendet unzumutbare Praxis

von Pia Barkow

Seit dem 24. März 2015 wird über unseren Antrag zur Einführung einer Krankenversichertenkarte für Asylsuchende in den Fachausschüssen diskutiert.

Bekannt unter dem Namen „Bremer Modell“ soll mit dieser Praxis Asylsuchenden, die in Dresden leben, ab dem ersten Tag eine Chipkarte ausgehändigt werden, die es ihnen ermöglicht, direkt zum Arzt zu gehen, wenn sie krank sind. Bisher müssen sie im Krankheitsfall zunächst ins Sozialamt, dort vor VerwaltungsmitarbeiterInnen ihre Krankheit schildern und einen Krankenschein beantragen. Erst mit diesem Krankenschein können sie dann zum Arzt zur eigentlichen Behandlung gehen. Wenn nun eine AllgemeinmedizinerIn die Weiterbehandlung bei einem Facharzt/Fachärztin empfiehlt, müssen Asylsuchende wieder ins Sozialamt und mit der Empfehlung eine Überweisung zur Fachuntersuchung beantragen. Erst damit ist dann eine Behandlung in einer Fachpraxis möglich.

Mit der Einführung einer Chipkarte wollen wir diese unzumutbare Praxis erleichtern, wer krank ist, soll nicht ins Rathaus, sondern zum Arzt gehen.

In Bremen und Hamburg – beide Städte haben seit 10 bzw. 3 Jahren eine entsprechende Chipkarte eingeführt – wur-



Foto: Tim Reckmann / pixelio.de

den sehr positive Erfahrungen gemacht. Zunächst einmal ist es für die Kranken selbst eine erhebliche Erleichterung, nicht erst durch die halbe Stadt fahren zu müssen, sondern gleich die Praxis um die Ecke aufzusuchen. Das führte in beiden Städten auch dazu, dass Asylsuchende Krankheiten viel früher behandeln lassen und nicht erst abwarten, ob sie sich vielleicht von selbst wieder kuriert. Je früher eine Krankheit behandelt wird, desto besser, da bei einer Verzögerung Symptome schlimmer werden können und/oder das geschwächte Immunsystem anfälliger ist für weitere Infektionen.

Dieser Umstand der früheren Behandlung führt auch dazu, dass die Behandlungskosten deutlich sinken,

da die Krankheit sofort behandelt werden kann und die Gefahr, dass weitere oder Folgekrankheiten auftreten, die zu einem größeren Behandlungsaufwand führen, geringer ist.

Darüber hinaus können sich die VerwaltungsmitarbeiterInnen wieder ihren eigentlichen Aufgaben widmen und verbringen ihre Arbeitszeit nicht mit dem Ausstellen von Krankenscheinen – zumal eine Einschätzung, ob PatientInnen tatsächlich krank sind und für nicht medizinisch geschultes Personal durchaus schwierig ist...

Laut einer Anfrage an die Stadt Dresden, wie viele MitarbeiterInnen im Sozialamt mit dem Ausstellen dieser

Krankenscheine beschäftigt sind, wurde im März 2014 die Antwort gegeben, dass 10 MitarbeiterInnen 25-30% ihrer Arbeitszeit genau dafür aufwenden. Anders ausgedrückt: 3 MitarbeiterInnen sind in Vollzeit dafür eingesetzt, Krankenscheine auszuhändigen!

Diese bürokratische Praxis ist völlig unsinnig und für alle Beteiligten unnötig beschwerlich. Denn auch die Arztpraxen können die Behandlung nicht wie bei allen anderen PatientInnen elektronisch abrechnen, sondern müssen Formulare ausfüllen und an die Stadt zur Übernahme der Kosten senden – auch das ist unnötiger Zusatzaufwand.

Durch die Vereinfachung der medizinischen Versorgung von Asylsuchende wurden in der Folge auch sowohl in Bremen als auch in Hamburg erhebliche Gelder eingespart.

Wie in dieser kurzen Beschreibung aufgelistet, liegen die Vorteile für alle Beteiligten auf der Hand, umgekehrt ist kaum zu erklären, warum die Praxis derzeit so umständlich ist. Daher möchten wir in Dresden dem Bremer Modell folgen und auch hier an Asylsuchende eine Krankenversichertenkarte aushändigen.

[pia.barkow@dielinke-dresden.de](mailto:pia.barkow@dielinke-dresden.de)

# Bienenstock Kulturpalast

von Annektrin Klepsch

Im Frühjahr 2017 soll der umgebaute Kulturpalast nach fünf Jahren wiedereröffnet werden. Der Stadtrat muss nun ein Betreiberkonzept beraten.

Nicht viele Gebäude haben es in Dresden ungewollt zum jahrelangen Zankapfel gebracht. Der Dresdner Kulturpalast, bereits in den 50er Jahren geplant, wurde 1969 als Haus mit Mehrzwecksaal, Studiobühne, Restaurant und Chorprobenräumen eröffnet. Im Jahr 2007 musste er für fünf Monate schließen, damit dringend notwendige Brandschutzmaßnahmen realisiert werden konnten. Im Jahr 2010 schließlich beschloss der Stadtrat nach jahrelanger Debatte mit den Stimmen von CDU, Bürgerfraktion und Grünen, dass entgegen vorheriger Beschlüsse eine Sanierung nicht ausreiche, sondern ein Komplettumbau des Saales notwendig sei.

Wenn der Kulturpalast im Frühjahr 2017 wieder eröffnet wird, kehrt nicht nur die Dresdner Philharmonie an ihre Heimatstadt zurück, sondern auch die Städtischen Bibliotheken und das Kabarett Herkuleskeule sollen einziehen. Dahinter steht die Idee, dass der Kulturpalast zukünftig nicht nur abends im Rahmen von Konzerten, sondern auch tagsüber mit BesucherInnen belebt sein soll.

Mit der Berufung von Frauke Roth als Intendantin der Philharmonie im Jahr 2013 beschloss der Stadtrat auch, dass für den umgebauten Kulturpalast ein



Foto: Bildpixel / pixelio.de

Betreiber- und Veranstaltungskonzept zu erarbeiten ist. In der März-Beratung des Kulturausschusses wurde nun dem Stadtrat der Entwurf eines Bespielungskonzeptes vorgelegt. Doch bereits der Beschlussvorschlag lässt erahnen, dass die finanziellen Herausforderungen in der Bewirtschaftung des umgebauten Kulturpalastes ein konfliktbehaftetes Thema sind. Denn die Fortschreibung des vorgelegten Betreiberkonzeptes soll künftig am Stadtrat und seinen Ausschüs-

sen vorbei nur noch der Lenkungsgruppe Kulturpalast zur Kenntnis gegeben werden, die als nichtöffentliches Gremium tagt und auch kein Beschluss besitzt.

Aufhorchen lässt der Entwurf auch hinsichtlich der Lastenverteilung für die Betriebskosten des Kulturpalastes. Wurde dem Stadtrat vor der Entscheidung über den geplanten Umbau ein zeitweiliger zusätzlicher Finanzierungsbedarf für die Interimsspielstätten der

Philharmonie mitgeteilt, werden diese Mehrkosten von mehr als einer Million Euro jährlich nun angeblich dauerhaft für die Mietzahlungen an die städtische Tochtergesellschaft KID (Kommunale Immobilien Dresden GmbH) benötigt. Ebenso soll eine Ausweitung der Klassik-Konzerte in Zusammenarbeit mit den Musikfestspielen nur möglich sein, wenn der städtische Zuschuss erhöht wird. Die Frage, wie andere Ensemble und langjährige Nutzer des Kulturpalastes wie der Dresdner Bergsteigerchor künftig die Mietkosten tragen können, werden dagegen nur am Rande erwähnt und auf die Notwendigkeit einer flexiblen Mietpreisstafflung hingewiesen.

Eine indirekte Subventionierung der KID durch höhere Nutzermieten, die durch die Zuschusserhöhung aus dem Kulturretat finanziert werden, hieße, den Kulturbereich zu kannibalisieren, wenn nicht der Haushaltsansatz insgesamt erhöht wird. Denn bereits seit 2013 müssen die städtischen Kultureinrichtungen wie Museen, TJG und Operette eine dauerhafte Kürzung ihrer künstlerischen Etats verkraften, die die Handlungsfähigkeit auszehrt.

Dass auch der umgebaute Kulturpalast wirtschaftlich nicht selbsttragend funktioniert, wird mit dem Bespielungskonzept nun deutlich. Es liegt in der Verantwortung der neuen Stadtratsmehrheit, einen Beschluss zu fassen, der künstlerische Vielfalt und kulturelle Teilhabe auch im wiederbelebten Kulturpalast ermöglicht.

## KOLUMNE

ganz  
hinten  
links



von Jens Matthis

Manchmal sorgt die Aufsicht für Aufsehen. Zum Beispiel in der Dresdner Kommunalpolitik. Damit meine ich jetzt nicht die Kommunalaufsicht in Gestalt der Landesdirektion, die nach fast jeder Stadtratssitzung Beschlüsse beanstandet, dann aber nach einigem juristischen Hin und Her meistens klein beigeben muss.

Gemeint ist hier die Aufsicht der zahlreichen städtischen Unternehmen. Diese werden bekanntlich nicht direkt vom Stadtrat überwacht, sondern von Aufsichtsräten, die wiederum durch den Stadtrat besetzt werden. Und das sorgte für Aufregung. Da in den meisten dieser Aufsichtsräte neben einem Fachbürgermeister nur sechs Stadträte sitzen, gingen die beiden kleinsten Fraktionen AfD und FDP mit fünf bzw. vier von 70 Stadträten leer aus. Wortgewaltig wetterte vor allem der FDP-Fraktionschef Holger Zastrow gegen die vermeintliche Unfairness von Rot-Grün-Rot-Orange.

AfD und FDP zogen vor Gericht und kassierten dabei eine erste Niederlage. Der Rechtsstreit selbst wird sicher noch Jahre weitergehen. Soweit - so gut, auch kleine Fraktionen haben eine Recht auf Rechtssicherheit. Verständlich ist, dass auch diese Fraktionen ein Auge auf die städtischen Unternehmen werfen wollen.

Es war aber auch gar nicht die Absicht der größeren Fraktionen, die Kleineren auszuschließen. Nur müsste deren Beteiligung rechtssicher sein. Früher ging dies im Einigungsverfahren. Das heißt, ALLE Stadträte mussten sich über die Besetzung der Gremien einvernehmlich einigen. So etwas ist nicht mehr möglich, seit auch Nazis im Stadtrat sitzen. Deshalb muss nach Fraktionsproporz besetzt werden. Und bei sechs Stühlen gehen die Kleinen nun einmal leider leer aus. Wenigstens in den Aufsichtsräten der großen Gesellschaften (TWD, DVB, DREWAG) mit je zehn Sitzen könnten sie vertreten sein, wenn ... Ja, wenn nicht der Sächsische Landtag im vergangenen Jahr das minderheitenunfreundliche Auszahlverfahren nach D'Hondt, bei dem Reste abgerundet werden, festgeschrieben hätte.

Davon profitieren die großen Fraktionen. Der CDU war das sicher auch klar, als sie im Landtag diese Änderung anregte. Eine Mehrheit hatte sie dafür freilich nur Dank ihres damaligen Koalitionspartners, welcher begeistert zustimmte. Dumm nur, dass das damals auch eine FDP-Fraktion unter Holger Zastrow war.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Dresden diskutiert über seine neue Sportförderrichtlinie

# Dabei sein ist alles!

von Dr. Margot Gaitzsch

DIE LINKE. Sachsen formuliert in ihrem Programm: „Unser Ziel ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern sportliche Betätigung zu ermöglichen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem sozialen Status, von Nationalität, Geschlecht, Alter, Beeinträchtigung oder Region, aus der sie kommen, und so die soziale Integrationskraft des Sports zu stärken. Insbesondere für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien muss der Zugang zur Betätigung in Sportvereinen erleichtert werden.“

Für die 2009 beschlossene Sportförderrichtlinie wird ihre Aufgabe folgendermaßen definiert: „Aufgabe der kommunalen Sportförderung ist die Sicherung eines für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglichen qualifizierten und differenzierten Sportangebotes in Dresden. Die Landeshauptstadt Dresden erkennt mit der folgenden Richtlinie die hohe gesellschaftliche, soziale und gesundheitspolitische Bedeutung des Sportes, insbesondere des organisierten Sportes, als einen bedeutenden Bestandteil des Lebens in Dresden an. Die Landeshauptstadt Dresden gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie sowie der Verwaltungsvorschrift.“

Allerdings wird die Sportförderrichtlinie dieser Aufgabe, alle Sporttreibenden in Dresden unbürokratisch und umfassend zu unterstützen, nicht durchgängig gerecht. Kürzlich musste sich der Sportausschuss mit folgendem Fall befassen: Der SV Flugzeugwerft, bei dem Mädchen und Jungen, Männer und Frauen turnen, Rhythmische Sportgymnastik treiben oder Volleyball spielen, hat 220 engagierte Mitglieder. Getragen wird die Arbeit – wie in den meisten Vereinen – vom Ehrenamt. Der Verein wirtschaftet sparsam und konnte dies vom Finanzamt regelmäßig bestätigt bekommen. Nun gibt es in der 2009 beschlossenen Sportförderrichtlinie aber eine Regelung, wonach ein Verein erst dann förderfähig wird, wenn er einen durchschnittlichen Monatsbeitrag von 5 Euro pro Mitglied erhebt. Der SV Flugzeugwerft kommt mit weniger aus. Das sollte ihm nun zum Verhängnis werden.



Foto: Burkhard Vogt / pixelio.de

Entsprechend der Richtlinie sollte ihm die Förderfähigkeit abgesprochen werden. Das würde bedeuten, dass er statt 2000 nahezu 35 000 Euro Miete pro Jahr für die Nutzung von Sportstätten zahlen müsste. Wer sparsam wirtschaftet wird bestraft. Das kann doch wirklich nicht Ziel der Sportförderung in Dresden sein. Wäre die Richtlinie formal angewendet worden, hätte das das Aus für den Verein bedeutet. Dem konnte mit einem interfraktionellen Antrag von Rot-Rot-Grün ein Riegel vorgeschoben werden. Gleichzeitig wurde mit diesem Antrag die Überarbeitung der Sportförderrichtlinie beschlossen. Nun ist die Verwaltung in der Pflicht eine überarbeitete Richtlinie vorzulegen. Dann sind aber auch die Parteien und alle an der Entwicklung besserer Bedingungen für den Sport in Dresden interessierten Menschen gefordert. Wenn wir als DIE LINKE uns konstruktiv in diesen Prozess einbringen wollen, müssen wir uns zuerst selbst darüber klar werden, welche Ziele wir für den Sport in Dresden verfolgen. Dazu einige Fragen, die wir in einer Anhörung mit Sportpolitiker\_innen, Sportpraktiker\_innen und Sportwissenschaftler\_innen beantworten sollten:

1. Was definieren wir als Ziel für den Sport in Dresden?
2. In welchem Verhältnis stehen Spitzensport, wettkampforientierter Breitensport, allgemeiner Sport und das Sporttreiben außerhalb eines Vereins?
3. In welchem Verhältnis stehen Profisport und Freizeitsport? Was kann und will sich Dresden leisten?
4. Müssen die aktuellen Bedingungen in der Stadt Dresden verändert werden, um unsere Ziele zu erreichen? Wenn ja, was ist dafür notwendig?
5. Welche Veränderungen der Sportförderrichtlinie sind notwendig, um das Sporttreiben in Dresden gleichberechtigt und unbürokratisch im Sinne unserer Ziele zu unterstützen?

Gilt die Olympische Devise: Schneller, Stärker, Weiter?

Ich freue mich auf die kommende Diskussion.

[margot.gaitzsch@dielinke-dresden.de](mailto:margot.gaitzsch@dielinke-dresden.de)

## Vorpremiere: Anthologie Dresdner Autor\*innen erscheint

Unter dem Titel „Geschichten von Frau Keuner und anderen prächtigen Gesellen“ findet am 7. April 2015 die Vorpremiere zum Erscheinen der gleichnamigen Anthologie in den Räumen des Gorbitzer Quartiersmanagements statt.

Der Idee der Brechtschen Keuner-Geschichten folgend haben mehrere Autor\*innen aus Dresden dafür Erzählungen und Gedichte zusammen getragen, die alltagsnah sind und dabei, manchmal mit einem Augenzwinkern, tiefe Einsichten in menschliche Bedingungen bieten. Herausgegeben wird die Anthologie von der Schreibwerkstatt Gorbitz unter der Leitung von Cornelia



Foto: Lupo / pixelio.de

ia Eichner und Cosmo von der Beerenburg. Der Verleger Heinz Freiberg in dessen Dresdner Edition Freiberg die Anthologie erscheint, begleitet den kompletten Entstehungsprozess und gibt den Autor\*innen verschiedene Einblicke in die Literatur- und Verlagswelt. Möglich wird die Anthologie durch Unterstützung des Gorbitzer Quartiersbeirats.

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Dresdner Stadtrat

### Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden  
E-Mail: [fraktion@dielinke-dresden.de](mailto:fraktion@dielinke-dresden.de)  
V.i.S.d.P. André Schollbach  
Satz und Layout: Max Kretzschmar  
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Max Kretzschmar, Dr. Margot Gaitzsch, Pia Barkow, Jens Matthis, Jacqueline Muth, Thomas Feske  
Fotos: pixelio.de  
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 15.04.2015  
Druck: Lausier Rundschau Druckerei Cottbus  
Auflage dieser Ausgabe: 3.000 Exemplare  
Vertrieb: Schneller ist besser!  
Logistik GmbH - Siblog